

10. Versorgungsgrundlagen erhalten - Langfristiger Erhalt von Drainagen in landwirtschaftlichen Böden

Antrag der Kommission für Wirtschaft und Abgaben vom 18. November 2025
KR-Nr. 243a/2022

Marcel Suter (SVP, Thalwil), Präsident der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die WAK beantragt dem Kantonsrat einstimmig, die parlamentarischen Initiativen betreffend «Versorgungsgrundlage erhalten – Langfristiger Erhalt von Drainagen in landwirtschaftlichen Böden» von SVP-Kantonsrat Paul Mayer abzulehnen. Statt die PI weiterzuverfolgen, hat die WAK zwei fraktionsübergreifend unterstützte Kommissionsvorstösse eingereicht. Sie will den Interessensausgleich zwischen der produzierenden Landwirtschaft und dem Naturschutz gewährleisten und fachliche Grundlagen aufbereiten.

Regierungsrat Martin Neukom: Ich spreche gleich zu beiden Geschäften auf der Traktandenliste, das sind die Nummern 10 und 11, weil sie beide miteinander verknüpft sind. Beide parlamentarischen Initiativen sind eine Reaktion auf Naturschutzprojekte des Kantons. Die eine parlamentarische Initiative will primär den Erhalt der Drainagen sicherstellen und die andere parlamentarische Initiative will den Bodenabtrag zu Naturschutzzwecken einschränken. Es ist klar, wir diskutieren das in diesem Rat sehr häufig, es gibt Interessenskonflikte zwischen landwirtschaftlicher Produktion und Naturschutz und Erhalt der Biodiversität. Aus meiner Sicht ist klar, dass es beides braucht. Wir können nicht einfach das eine bevorzugen und das andere vernachlässigen, es braucht eine Abwägung zwischen beiden Interessen.

Diese beiden parlamentarischen Initiativen sind meiner Meinung nach zu stark einseitig auf die Landwirtschaft ausgerichtet und sie würden die Umsetzung von Naturschutzprojekten sehr stark erschweren. Weiter sind sie rechtlich in dieser Form kaum umsetzbar. Dennoch habe ich ein gewisses Verständnis für das Anliegen der beiden PI. Wir konnten daher auch in intensiven Diskussionen mit den beteiligten Kantonsräten einen Kompromiss finden, und es wurden ein Postulat (KR-Nr. 183/2024) und eine Motion (KR-Nr. 182/2024) formuliert, welche beide von der Regierung entgegengenommen und vom Kantonsrat auch entsprechend überwiesen wurden. Wir sind an der Arbeit, diese beiden Vorstösse umzusetzen. Ein Teil des Anliegens wird dann in der Landwirtschaftsgesetzrevision umgesetzt. Diese dauert allerdings noch etwas länger, auch sie befindet sich bereits in der Planung. Im Gegenzug sollen dann die beiden Initiativen abgelehnt werden. Der Regierungsrat unterstützt dieses Vorgehen und diesen Kompromiss zwischen Kommission und Baudirektion und bittet Sie deshalb, diese beiden Initiativen abzulehnen.

Paul Mayer (SVP, Marthalen): Die parlamentarische Initiative KR-Nr. 243/2022 wurde mit einem klaren Anliegen eingereicht. Der Schutz unserer landwirtschaftlichen Produktionsgrundlagen, insbesondere funktionierende Drainagen, soll gestärkt werden. Dieses Anliegen ist aus der Sicht der SVP nach wie vor absolut zentral. Unsere Landwirtschaft steht zunehmend unter Druck, Fruchtfolgeflächen sind knapp, die Versorgungssicherheit ist keine Selbstverständlichkeit mehr. Und gleichzeitig steigen die Anforderungen an die ökologische Infrastruktur stetig. In diesem Spannungsfeld braucht es Verlässlichkeit für unsere Bäuerinnen und Bauern.

Die Kommission hat nun aber aufgezeigt, dass die Initiative in ihrer ursprünglichen Form zu starr ist. Ein genereller, zwingender Erhalt aller Drainagen würde die notwendige Interessenabwägung zwischen Landwirtschaft und Naturschutz faktisch verunmöglichen. Das ist weder praktikabel noch zielführend. Der nun vorliegende Vorschlag der WAK geht deshalb einen anderen Weg. Er schafft eine differenzierte Grundlage, stärkt die Planungssicherheit durch klare Ausweisung von Potenzialflächen, betont die Freiwilligkeit und den Einbezug der Grundeigentümer. Er sichert die Finanzierung und er trägt der Bedeutung der Fruchtfolgefläche ausdrücklich Rechnung. Besonders wichtig ist für uns, dass der Erhalt von Drainagen nicht aufgegeben, sondern gezielt geplant und priorisiert wird. Das ist der entscheidende Punkt. Die SVP hätte sich teilweise eine noch stärkere Gewichtung der landwirtschaftlichen Interessen gewünscht, insbesondere beim Schutz der besten Böden. Dennoch anerkennen wir, dass der Kompromiss der Kommission eine tragfähige Lösung darstellt, die beide Seiten berücksichtigt. Die angesprochenen offenen Punkte müssen in das zukünftige Landwirtschaftsgesetz des Kantons Zürich einfließen. Aus diesen Gründen wird die SVP die parlamentarische Initiative in ihrer ursprünglichen Form ablehnen; nicht, weil das Anliegen falsch ist, sondern weil der eingeschlagene Weg der WAK sachgerechter und umsetzbarer ist. Entscheidend ist nun, dass der Regierungsrat diese Leitplanken auch konsequent im Sinne der Landwirtschaft umsetzt.

Priska Lötscher (SP, Winterthur): In diesem Rat haben wir es mit vielerlei Vorstössen zu tun, es gibt die durchdachten und die weniger durchdachten. Diese parlamentarische Initiative gehört definitiv zu den Letzteren, ich ordne sie in die Gruppe «Empörungsvorstoss» ein. Gewisse Landbesitzerinnen und Landbesitzer, namentlich Bauern, wurden von der Fachkarte PPF, Prioritäre Potenzialgebiete Feuchtflächen, überrascht und motivierten ihre Vertreter in der SVP, etwas dagegen zu tun. Ohne jetzt hier eine Grundsatzdiskussion über Feuchtgebiete losstreiten zu wollen, handelt es sich dabei um eine Fachkarte, die als Grundlage dient, aufzuzeigen, wo überhaupt Vernässung infrage kommt. Die Initiative nimmt die Bedenken der Bauernschaft auf und versucht, über den zwingenden Erhalt der Drainagen eine Vernässung zu verunmöglichen.

Schon schnell wurden drei Punkte klar: Erstens, die Initiative ist nicht umsetzbar, weil das PBG (*Planungs- und Baugesetz*) ausserhalb der Bauzone nicht zuständig ist. Es zeigt, dass die Initiative mehr ein Hüftschuss als seriöse politische Arbeit

ist. Zweitens, die Initiative übersteuert die in der Verfassung verankerte Abwägung zwischen verschiedenen Interessen, in diesem Fall zwischen dem Produzieren der Landwirtschaft und dem Naturschutz. Drittens, sie ist nicht mit übergeordnetem Recht vereinbar, da beim Drainagenunterhalt auch der Bund involviert ist.

Nun stand die Kommission vor der herausfordernden Situation, wie mit der Initiative umzugehen sei. Grundsätzlich hätten die Gegnerinnen und Gegner dem Standpunkt der Regierung folgen und die Initiative aus genannten Gründen ablehnen können. Es hätte zu einer weiteren Verhärtung der Fronten zwischen Gegnerinnen und Gegner und Befürworterinnen und Befürwortern vernässter Flächen geführt. Die Bauern wären auf Fundamentalopposition getrimmt worden und eine Zusammenarbeit immer schwieriger geworden. In einem seltenen Effort haben sich Pro- und Kontraseiten zusammengesetzt, um eine Lösung aus der verfahrenen Situation zu finden. Und siehe da, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg: Die Ängste und Bedenken der Bauernschaft wurden wahrgenommen, wie auch die Notwendigkeit, Feuchtgebiete auszuschneiden und als bedrohtes Habitat zu schützen. Resultat war die Kommissionsmotion KR-Nr. 182/2024, die oppositionslos überwiesen wurde. Sie setzt den Hebel beim Landwirtschaftsgesetz an, bringt eine Stärkung im Drainagenunterhalt, berücksichtigt aber auch die vernässten Flächen. Diese Motion ist mehr als die Antwort auf eine schludrige Initiative. Sie zeigt, dass im Dialog mehr erreicht werden kann, auch wenn wir gewisse Punkte der Motion kritisch betrachten. Das liegt im Wesen eines Kompromisses. Ich bin gespannt auf die Antwort der Regierung auf die Motion und die zukünftige Debatte zum Landwirtschaftsgesetz. Wir lehnen damit die Initiative ab.

Stephan Hegetschweiler (GLP, Zürich): Das Abwägen zwischen der Landwirtschaft und dem Naturschutz ist natürlich sehr wichtig. Besonders müssen wir schauen, dass auch der zuletzt Genannte nicht zu oft zu kurz kommt. Wir müssen also genug für den Naturschutz tun. Ebenfalls müssen wir wie immer sorgsam mit dem Geld umgehen und die Kosten im Auge behalten. Die GLP-Fraktion freut es, dass zwei neue Vorstösse erarbeitet werden konnten, welchen die WAK einstimmig zugestimmt hat und welche eine bessere Balance zwischen den genannten Anliegen finden. Die GLP schreibt die beiden Geschäfte ebenfalls ab.

Jasmin Pokerschnig (Grüne, Zürich): Als Erstes danke ich allen Beteiligten, dass sie mit dem Postulat «Flächen für die landwirtschaftliche Produktion und für die Biodiversität» sowie der Motion «Gesetzgebung zu Landwirtschaftsflächen und Feuchtgebieten weiterentwickeln» eine fraktionsübergreifende Lösung und einen konstruktiven Weg gefunden haben, die Anliegen der Landwirtschaft und des Naturschutzes aufzunehmen. Damit können wir nun die beiden PI geschlossen ablehnen. Die beiden PI hätten den Naturschutz frontal angegriffen. Sie hätten Moorregenerationen und damit Lösungen für die beiden grossen Probleme unserer Zeit, die Biodiversität und die Klimakrise, verhindert. In diesem Sinne bin ich dankbar, dass wir einen anderen Weg einschlagen und eine Interessenabwägung

zwischen der produzierenden Landwirtschaft und dem Naturschutz weiterhin möglich sein wird.

Die Landwirtschaft spielt beim Schutz der Artenvielfalt und des Klimas einfach eine zentrale Rolle. Wir müssen ein Landwirtschaftssystem schaffen, das unser Wasser sauber und unsere Böden fruchtbar hält und in welchem eine grosse Vielfalt an Lebewesen ihren Platz hat. So wie die Landwirtschaft auf fruchtbare Böden und sauberes Wasser und Insekten angewiesen ist, hängt das Überleben vieler Tier- und Pflanzenarten davon ab, dass wir rücksichtsvoll mit unserem Landwirtschaftsland umgehen. Biodiversität und Landwirtschaft sind also eng miteinander verknüpft.

Genauso eng wird es mit der zunehmenden Klimaerwärmung. Was bedeutet das? Längere zusammenhängende Trockenperioden, Zunahme der Intensität von Starkniederschlägen, mehr kritische Hitzetage im Sommer, weitere Verbreitung und Häufung von Krankheitserregern und Schädlingen, längere Vegetationsperioden. Diese Auswirkungen zeigen auf, wie gross die Herausforderungen für die Landwirtschaft heute schon sind oder künftig noch sein werden. Wir Grünen sind der Meinung, dass eine konstruktive Zusammenarbeit von Naturschutz und Landwirtschaft existenziell für die Zukunft von uns allen ist. Ohne Biodiversität keine Landwirtschaft und ohne Landwirtschaft keine regionalen Produkte. Wir lehnen die beiden PI ab.

Martin Huber (FDP, Neftenbach): Die FDP-Fraktion hat die vorliegende parlamentarische Initiative geprüft und unterstützt den Antrag der WAK, diese abzulehnen, und zwar nicht, weil wir die darin stehenden Anliegen für irrelevant halten, sondern weil wir einen besseren Weg sehen. Die FDP begrüsst deshalb ausdrücklich, dass die WAK mit der Motion einen konstruktiven Alternativweg einschlägt. Die FDP lehnt die PI ab.

Donato Flavio Scognamiglio (EVP, Freienstein-Teufen): Die Bauern sind nicht meine Feinde und auch nicht meine Gegner, genauso wie die Leute, die sich für Biodiversität einsetzen, auch nicht Feinde und Gegner sind. Wir sitzen alle im gleichen Boot. Der eigentliche Auftrag, und erlauben Sie mir das als EVP – wir haben ja noch ein «E» (*Anspielung auf die frühere CVP*) –, ist tausende Jahre alt: Kultivieren und Bewahren. Und die Bauern kultivieren und bewahren auch, und genau beides brauchen wir, wir brauchen ein Zusammenspiel. Es ist nicht «du oder ich», wir sitzen wirklich im gleichen Boot. Jetzt 1300 Hektaren vernässen, das wären 1821 Fussballfelder. Das wäre eine Fläche von 3,6 Kilometer mal 3,6 Kilometer. Dass sich da etwas Widerstand regt, ist offensichtlich. Man hat dann aber gemerkt, dass es wirklich nicht sinnvoll ist, dass wir auch im Interesse der Bauern zum Teil ein Interesse haben können, gewisse Drainagen nicht zu unterhalten.

Was mich etwas überrascht hat, ist das Argument der Nahrungsmittelsicherheit. Das ist wichtig, aber es geht primär um Entschädigungen und Freiwilligkeit. Es geht nicht wirklich um die Nahrungsmittelsicherheit, denn wir haben im Bericht

gelesen, dass das nur ganz, ganz, ganz wenig ausmacht. Also, ich verstehe die Interessen der Bauern, ich verstehe die Interessen der Naturschützer, und wir machen es nur zusammen, wir bebauen und bewahren. Von daher bin ich ultra happy, dass wir hier einen Kompromiss gefunden haben, Sie alle haben hier mitgearbeitet. Danke vielmals. Wir können die zwei PI getrost versenken, mit oder ohne Drainagen. Danke vielmals.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 169 : 2 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Antrag der Kommission zustimmen und die parlamentarische Initiative KR-Nr. 243/2022 abzulehnen.

Das Geschäft ist erledigt.